

# Der Remsthal-Bote.

Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen.

Erscheint wöchentlich 4mal: Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag. Preis: vierteljährlich in Waiblingen bei der Expedition 92 Pfg., frei ins Haus geliefert 1 M., durch die Post bezogen, im Oberamtsbezirk Waiblingen 1 M. 20 Pfg., außerhalb desselben 1 M. 40 Pfg. Einrückungsgebühr in Waiblingen und dem Amtsbezirk für die 3spaltige Garnanzzeit oder deren Raum 6 Pfg., anwärts 9 Pfg. Bei Annoncen, welche nach Schluß des Blattes noch Aufnahme finden sollen, wird für die 3spaltige Zeile 10 Pfg. berechnet.

Nr. 193

43. Jahrgang.

Freitag den 15. Dezember 1882.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Waiblingen.

### Die Schultheißenämter der Abstimmungsorte

erhalten heute in einem Schriftchen „Landtagswahlgesetz“ den Abdruck überschickt, welcher nach §. 13. der Min.-Verf. v. 6. Nov. 1882, Reg.-Bl. S. 350., zum Auslegen im Wahllokal je zu benützen ist; dieses auf Rechnung der Amtscorporation bezogene Schriftchen ist ins Inventar der Gemeinde aufzunehmen und zu fernem Gebrauch in der Büchersammlung aufzubewahren s. Erl. v. 27. Nov. Abs. 3., Nr. 183 dts. Bl.

Den 14. Dezbr. 1882.

R. Oberamt  
Schüler.

Waiblingen.

### Steuereinzug.

An der Steuer pr. 1882/83 sind nunmehr <sup>3</sup>/<sub>4</sub> verfallen, und werden die Steuerpflichtigen, welche noch im Rückstande sind, aufgefordert, die verfallene Rate sofort an die Stadtpflege zu bezahlen, damit dieselbe abliefern und auch sonst ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

Den 13. Dezember 1882.

Stadtschultheißenamt.

### Privat-Anzeigen.

Waiblingen.

Als sehr nützliches Weihnachtsgeschenk empfehle mein Lager in

Finger

**Familien-Nähmaschinen &c. &c.**  
zu geneigter Abnahme in anerkannt bester Qualität bei billigen Preisen.

Sämmtliche Maschinen sind mit den neuesten Verbesserungen und Apparaten ausgestattet. Möbel je nach Wunsch einfach, oder Tisch und Kasten mit Fries eingelegt.

**Familien-Handmaschinen**

so lange Vorrath per Stück schon von M. 25 an.  
**!Garantie!** Nähunterricht gratis!



**Karl Oppenländer,**  
Nähmaschinen-Geschäft.

## Die Württembergische Landeszeitung

und  
Stuttgarter Handelszeitung

erscheint von Neujahr 1883 an in erweiterter Form, sofern außer den Sonntags-Doppelnummern auch im Laufe der Woche je nach Bedarf besondere Beilagen gegeben werden, worin abwechselnd der politische, der unterhaltende und finanzielle Theil besondere Berücksichtigung finden sollen. — Abonnements zum Preis von nur 1 M. 96 Pfg. pro Quartal, ausschließlich Postgebühr, werden jetzt schon von allen Poststellen angenommen und erhalten die neu eintretenden Abonnenten auf Wunsch die bis 31. Dezbr. erscheinenden Nummern gratis und franco zugesandt. Im „Fetter aus Schwaben“ erscheint Anfangs Januar ein großes Preisräthsel mit 50 Prämien im Gesamtwert von 500 Mark. Erste Prämie 50 Mark in Baar.

Waiblingen.

Samstag u. Sonntag



**Webel-Suppe**

und

**Doppelbier**



wozu freundlichst einladet

J. Knöringer  
3. „Hafen.“

Waiblingen.

Ich empfehle bei herannahender Verbrauchszeit:

**Citronat**

**Orangeat**

**Mandel**

**Citronen**

**Sprengerlesmehl**

schönen Honig zum Lebkuchenbacken, das Pfund zu 70 Pf.

billigst

Fr. Kayser, Conditör.

Waiblingen.

Nächsten



Samstag, Nachmittag von 1 Uhr an wird im Hause der Damenschneider Meinhold's Wittwe eine

### Fahnenz-Auktion

gegen baare Bezahlung abgehalten, wobei vorkommt: 2 schöne vollständige Betten, 6 Bettlatten, 1 Kommod, 1 großer Schneidertisch, ein kleinerer und ein runder Schiefertisch, 2 Garten- und einige andere Sessel, 1 Handwägel, 1 Krautpande, Manns- und Frauenkleider, einige neue woffene Regenmäntel, eine Spindeluhre, Strohsack, Bettzeug und sonstiger allgemeiner Hausrath, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Schulz & Bürgscheine

sind zu haben bei

C. F. B. u. K.

## Zur Abgeordnetenwahl.

In einem Artikel mit dieser Aufschrift in Nr. 146 des Winnender Volks- und Anzeigebatts ist zur Empfehlung der Advokaten als Abgeordnete gesagt, der Rechts-Anwalt Bayer II. habe im Reichstag die Herabsetzung der Gerichtskosten beantragt. Allerdings hat derselbe die Herabsetzung der in die Staatskasse fließenden, also den Steuerzahlern zu Gute kommenden Gerichtsgebühren beantragt, aber die Herabsetzung der in die Tasche der Advokaten fließenden Gerichtsgebühren hat er nicht beantragt. Darum keinen Advokaten in die Kammer.

# Der Wahlaufruf des Landeskomitee der sogenannten Volkspartei

ist erschienen und erlauben wir uns denselben einer kurzen Beleuchtung zu unterziehen.

1) In demselben heißt es die Volkspartei sei „nur zusammengesetzt aus dem unabhängigen Bürgerthum, das den Werth der freien Arbeit zu schätzen wisse, aus dem aufgeklärten Bauernstand, der seine eigenen wahren Interessen kennt und aus dem aufgeklärten Arbeiterstand, soweit er die Erlösung aus vielfacher Zurücksetzung und Ausbeutung von der Herstellung des gleichen Rechts für Alle erwartet.“

Schon gegen diese Behauptung müssen wir auf das Entschiedenste protestiren. Wenn von dem unabhängigen Bürgerthum und dem aufgeklärten Bauern- und Arbeiterstand gesprochen wird, so muß man darunter die Gesamtheit oder doch die Mehrtheit desselben verstehen, wir aber behaupten, daß nur ein kleiner Bruchtheil des unabhängigen Bürgerthums und des aufgeklärten Bauern- und Arbeiterstandes der Volkspartei angehört, daß dagegen viele Mitglieder der Volkspartei nicht zu den unabhängigen Mitgliedern des Bürgerthums und nicht zu den aufgeklärten Mitgliedern des Bauern- und Arbeiterstandes gehören. Wir könnten „Exempel von Beispielen“ anführen.

2) „Aufgeklärte Mitglieder des Arbeiterstandes, welche die Erlösung aus vielfacher Zurücksetzung und Ausbeutung von der Herstellung des gleichen Rechts für Alle erwarten.“

Gleiches Recht für Alle haben wir in Württemberg und Deutschland schon längst. Der ärmste Arbeiter darf die größte Fabrik und der geringste Tagelöhner ein Rittergut kaufen, dem Sohne des ärmsten Arbeiters stehen, wenn er die erforderlichen Prüfungen erstanden hat, die höchsten Staatsämter offen u. s. w.; aber diese und alle anderen Rechte haben noch wenigen Arbeitern aus der Zurücksetzung herausgeholfen. Bis vor Kurzem war die **Bürgerfreiheit** für alle gleiches Recht, dasselbe hat aber keinen Arbeiter vor Ausbeutung geschützt und auch die jetzt noch bestehende allgemeine **Beschäftigungsfreiheit** schützt keinen Arbeiter vor Ausbeutung. Es mag an diesen wenigen Beispielen genug sein. Da sind die Sozialdemokraten doch viel praktischere oder aufrichtigere Leute die sagen „Gleiches Gut für Alle,“ d. h. **Eisen**.

3) Soll es endlich auch in unserem Lande einen Rud vorwärts thun, der zu einer Vereinfachung des Staatshaushalts und zu Verminderung der öffentlichen Abgaben führt, der allen Gedrückten und Hintangesetzten zu einem besseren Anlauf im allgemeinen Kampf ums Dasein, zu einem menschenwürdigeren Leben, zu einem genügenderen Auskommen verhilft, so muß das Volk sich selber helfen, muß es Männer in den Landtag senden, welche den von der Fortschrittspartei aufgestellten Grundsätzen zustimmen und sich zu nützigem Eintreten für deren Geltendmachung verpflichten.

Also auf den „**Allgemeinen Kampf ums Dasein**“ verweist die Volkspartei die „Gedrückten und Hintangesetzten“ in welchem diese bei gleichem Recht für Alle nothwendig zu Grunde gehen müssen, denn der Ausgang eines Kampfes der Schwachen mit den Starken kann Niemand zweifelhaft sein. Diesen Kampf ums Dasein kämpfen die Gedrückten und Hintangesetzten schon lange, sie haben aber stets den Stärkeren gezogen. Nicht „gleiches Recht für Alle“ brauchen die Gedrückten und Hintangesetzten, — sondern Schutz gegen die Stärkeren und **Beistand**, wie sie z. B. auch die Gesetzgebung aller Zeiten und Länder den Frauen und Minderjährigen gewährt hat. Diesen Schutz und Beistand wollen die **Konservativen** den Gedrückten und Hintangesetzten gewähren und schaffen und zwar nicht mit bloßen Redensarten, sondern in der That und Wahrheit. Die **Konservativen** wollen einen Zustand schaffen, daß auch der Niedrigste im Volk seiner Arbeit und seines Schweißes froh wird.

Nun kommt das Programm. In demselben wird verlangt:

I. „Sofortige Verfassungsrevision im Sinne einer wahrhaft parlamentarischen Regierung.“

Also parlamentarische Regierung wird verlangt von Leuten, die sich als ganz besonders **Königstreu** geberden, in dem Augenblick, in welchem diese Regierungsform in Italien und Frankreich im Zustande des kältesten **Kajenammers** sich befindet, und welche diese Staaten, wenigstens Frankreich, immer mehr dem Abgrund zutreibt. Wenn hinter diesem Verlangen nicht die Republik steht, so vermögen wir dasselbe kaum für ernstlich zu halten.

Insbesondere Schaffung einer neuen Volkskammer auf Grund des allgemeinen, direkten, gegen amtliche Beeinflussung geschützten Wahlrechts und gleichberechtigten Wahlbezirke unter Anschluß jeder berufständischen Interessenvertretung und Aushebung aller Vorrechte der Geburt, des Standes und des Besitzes. Keimere und einfachere Form der Verwirklichung des Volkswillens und Einführung des Einkammersystems. Abklärung der Budget- und Wahlperioden. Herabsetzung des Alters der Wählbarkeit auf das 25. Lebensjahr. Berechtigung der Volksvertretung zur Uebernahme selbständiger Untersuchungen von Thatsachen.

Man muß gestehen, das sind Forderungen, wie sie ein französischer Vollblutrepublikaner nicht radikaler hätte stellen können. Warum verlangt man für eine solche Ständeversammlung nicht auch gleich den Titel „National-Konvent“?

Allgemeines und direktes Wahlrecht haben wir, gleichberechtigte Wahlbezirke ebenfalls. Eine amtliche Beeinflussung der Wahlen findet nirgends statt und kann bei der geheimen Abstimmung gar nicht stattfinden, dagegen haben die Demagogen überall freie Bahn und bei allen Wahlen stehen Lüge und Verläumdung in voller Blüthe. In der zweiten württembergischen Ständekammer besteht eine berufständische Interessenvertretung nicht und ebensowenig die des Standes oder des Besitzes, denn die evangelischen und katholischen Geistlichen, welche vermöge ihres Amtes Sit und Stimme in der zweiten Kammer haben, vertreten nicht ihren Beruf sondern die Kirche bezw. die Religion und der Kanzler der Universität vertritt die Interessen der Wissenschaft. Die 13 Mitglieder des ritterschaftlichen Adels aber, nach allen Seiten hin unabhängige, hochgebildete Männer, sind der zweiten Kammer immer wohl angestanden. Wir hätten übrigens nichts dagegen einzuwenden, wenn die Geistlichen, der Kanzler der Universität sowie die Mitglieder der Ritterschaft von der zweiten in die erste Kammer versetzt würden, aber vermiffen möchten wir diese Elemente, als Bollwerk gegen die Demagogie im gesetzgebenden Körper nicht. Doch die Volkspartei verlangt ja die Aufhebung der ersten Kammer und die Schaffung einer reinen Volkskammer mit dem Recht zur Vornahme selbständiger Untersuchungen und zur Erhebung von Thatsachen. Eine solche Kammer könnte sich dann über Nacht in einen National-Konvent verwandeln, die Republik proklamiren und König und Minister in Anklagestand versetzen, und vor ihre Schranken fordern.

In Württemberg werden die Landtags-Abgeordneten auf 6 Jahre gewählt, jetzt sollen sie auf kurze Zeit, vielleicht nur auf 1 Jahr gewählt werden, damit des Wählens und Wählens gar kein Ende mehr wäre.

Der Staatskassanzetat wird je auf 2 Jahre (früher auf 3) festgesetzt, jetzt soll er nur auf 1 Jahr festgestellt werden, damit die Herren Abgeordneten das ganze Jahr könnten. Bisher wird von dem Abgeordneten das Mannesalter von 30 Jahren verlangt, künftig sollen 25 Jahre genügen. Konsequenter wäre es gewesen, die Herabsetzung auf 18 Jahre zu verlangen, denn Raaben von diesem Alter dürfen ja auch schon heirathen und die Jugend ist in unserer Zeit überhaupt viel „aufgeklärter“ als das Alter.

II. Verwaltungsreform nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, insbesondere Reform der Gemeindeverfassung im Sinne größerer Selbständigkeit der Gemeinden, gegenüber den Staatsbehörden, Erweiterung ihrer Befugnisse, namentlich in Bezug auf die Verwaltung ihres Vermögens. Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher.“

Einer Verwaltungs-Reform im Sinne größerer Selbständigkeit der Gemeinden, treten auch wir nicht entgegen, obwohl wir sie keineswegs für dringlich halten. Die Staatsaufsicht über die Gemeinden hat noch nirgends etwas geschadet, wenn sie auch manchen Rathshausheeren etwas lästig sein mag, wohl aber schon manchen Schaden abgewendet und viel genügt. Denn viele Verbesserungen in den Gemeinden sind der Initiative des Oberamtmanns zu verdanken. Eine Verwaltungsreform im Sinne der Volkspartei würde zwar eine größere Selbständigkeit der Gemeinden gegenüber den Staatsbehörden schaffen, dieselben aber unter die **Abhängigkeit von dem Demagogen** bringen, namentlich wenn die Ortsvorsteher nur auf kurze Zeit gewählt, und daher unerfahren, rath- und haltlos wären und einen Zustand herbeiführen, wie wir ihn bei der Stuttgarter Volksbank und bei den Gewerbetanken in Backnang, Cannstatt, Winnenden u. s. w. erlebt haben, bei welchen keine Spur von Staatsaufsicht war und wie er sich gegenwärtig bei mehreren „selbständigen Gemeinden“ der „freien“ Schweiz findet, wo die ganz selbständigen Herren auf dem Rathhaus so fortschrittlich gewirthschaftet haben, daß vorher reiche Städte dem Grunde verfallen sind.

Nach all' diesem brauchen wir über das Verlangen der Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher nicht weiter zu sagen, nur das sei bemerkt, daß da nach unserer Staatsverfassung die Gemeinden die Grundlagen des Staatsvereins sind und die Verfassung des Staats eine monarchische ist und sicherlich auch bleibt, so darf und kann die Gemeindeverfassung keine republikanische sein.

„Reformen der Oberamts-Verfassung. Erlass der Amtsversammlung durch direkt gewählte Bezirksvertretungen.“

Als ob die direkt gewählten Gemeindevertreter nicht auch die berufensten Bezirksvertreter wären und als ob das Volk ein so mächtiges Verlangen nach weiterem Wählen und Wählens hätte!

Wir erinnern uns hier einer Zeitungsnachricht, wornach in den letzten Tagen das Schweizervolk auf den Vorschlag der Anstellung eines neuen Beamten, Erziehungs-Sekretär genannt, geantwortet haben soll: „Gebt uns statt eines Erziehungs-Sekretärs einen Kartoffel-Sekretär.“

Gegen eine Verstärkung und Stärkung der Amtsversammlungen durch Beiziehung der intelligentesten und höchstbesteuerten Einwohner des Bezirks hätten wir nichts zu erinnern.

„Aufhebung der Kreis-Regierungen.“

Als ob man die Kreis-Regierungen nur so wegzulassen könnte! Die Geschäfte derselben müssten von anderen Behörden besorgt werden, natürlich in Stuttgart wo neue theure Gebäude errichtet werden müssten und die Staatsangehörigen, welche bei diesen Behörden etwas zu thun haben, müssten statt in die nahe gelegene Kreisstadt in die weit entlegene Residenzstadt reisen.

III. „Entwicklung, Förderung, Unterstützung der Erwerbsthätigen des Volks.“

Dies ist eine wohlfeile Phrase, denn in dieser Beziehung hat unsere R. Regierung längst das möglichste gethan und wird es auch ferner thun.

„Gleiche und gerechte Vertheilung der Staatslasten.“

Ist schon in der Verfassungsurkunde garantiert und die Regierung sowie auch die konservative Partei sind gewissenhaft bestrebt, diesen verfassungsmäßigen Grundsatz immer mehr durchzuführen. Auch der Volkspartei wird es nicht gelingen den Stein der Weisen, nämlich ein absolut gerechtes Steuerhystem zu finden.

„Verweigerung neuer und mögliche Beschränkung und Abschaffung indirekter Steuern, namentlich der Platzsteuer und sonstiger Konsumsteuern.“

Also die indirekten Steuern sollen abgeschafft und nur direkte Steuern, also nur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, sowie Kapital- und Besoldungssteuer erhoben werden, wodurch der Steuerzettel sich verdoppeln würde. Will man das? —

Wenn die Konsumsteuern so verwerflich sind, warum wurden denn solche in den letzten Jahren von den größten Städten unseres Landes freiwillig eingeführt?

„Ausbildung des gesammten Steuerhystems nach dem Grundsatz progressiver Besteuerung von Vermögen und Einkommens?“

Also Jedermann soll — wenn er kann und mag — alle Jahre sein Vermögen und Einkommen fatiren und darauf soll dann die Steuer umgelegt werden, so zwar, daß auf das zweite Tausend mehr Steuer fällt als auf das erste u. s. w.

Nun liegt doch auf der Hand, daß der ehrliche und gewissenhafte nichts verschweigen wird und daß der weniger vermögliche wenig verschweigen kann, denn wer nur 1000 M. Einkommen hat, kann nicht 2000 M. verschweigen. Der Ehrliche und weniger Bemittelte, müßte also für den reichen Betrüger bluten. Abgesehen davon, daß dies eine schreiende Ungerechtigkeit wäre, müßte dadurch auch alles Sittlichkeits- und Rechtsgefühl im Volk untergraben werden.

IV. Mitherrathung und Kontrolle der Instruktion und Abstimmung der Landesbevollmächtigten.“

Dieses Verlangen ist gerade so unerfüllbar, wie wenn man verlangen wollte, im Falle eines Kriegs müsse der Feldzugsplan von der Ständeversammlung berathen und kontrollirt werden.

„Aufhebung der Ausnahme und Kulturkampfgesetze.“

Unter „Ausnahmegesetzen“ können doch nur das Gesetz gegen die Sozialdemokratie, das Gesetz gegen den Wucher und das Gesetz gegen die Verfälschung von Nahrungsmitteln gemeint sein. Es ist sehr bezeichnend, daß die Volkspartei gerade diese Gesetze abgeschafft haben will.

Die preussischen Kulturkampfgesetze gehen uns Württemberger nichts an. Wozu ihre Erwähnung?

„Abänderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes.“

Mit diesem Verlangen sind wir vollkommen einverstanden, es fragt sich nur wie dieses Gesetz abgeändert werden soll. Im Sinne der Volkspartei könnte dies nur durch Uebernahme aller Armenkosten auf den Staat geschehen. Dies würde aber solch' riesige Kosten verursachen, daß wir gar nicht einsehen können, wie solche gedeckt werden sollen. Dabei könnte es oft vorkommen, daß es ein von dem Staate Unterstühter der sein Vermögen durch Müßiggang und Verschwendung vergeudet hat, besser hätte, als ein ehrlicher, fleißiger und sparsamer Mann. Würde diesem die Lust zur Arbeit und Sparsamkeit nicht auch vergehen. Außerdem würden dadurch die großen Städte auf Kosten der kleineren und der Landgemeinden entlastet.

„Verminderung der Gerichtskosten.“

Warum nicht auch der Advokatenkosten? Denn gerade diese sind es ja, welche die Prozesse am meisten vertheuern.

Die Gerichts-Gebühren fließen doch wenigstens in die Staatskasse, und bei einer Verminderung derselben, womit auch wir einverstanden sind, muß der Ausfall von den Steuerpflichtigen und zwar auch von denjenigen getragen werden, welche in ihrem ganzen Leben keinen Prozeß führen.

Das Prozeßführen würde übrigens dadurch am meisten erleichtert werden, wenn die Gerichtsgebühren ganz abgeschafft und die Advokatenkosten auf die Staatskasse übernommen würden. Vielleicht wird später auch noch ein diesfälliger Antrag gestellt.

Wir haben nun gesehen, was der Wahlausruf und das Programm der Volkspartei enthält, (die wenigen Punkte, gegen die wir nichts zu erinnern finden, haben wir übergangen) sehen wir nun auch noch was es nicht enthält.

Wir vermissen das Verlangen um Wiederherstellung der christlichen Staats-Ordnung und damit Anerkennung und Verwirklichung der christlichen Grundsätze auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Wir vermissen das Verlangen, daß die christlich gläubige Gesinnung im Volke erhalten und gefördert werde und wie in Unterricht und Erziehung, Wissenschaft und Bildung, so auch in der Gesetzgebung und im öffentlichen Leben zur Richtschnur werde demgemäß das Verlangen der Beseitigung aller jener Bestimmungen, welche mit den Grundsätzen des Christenthums in Widerspruch stehen, Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über Wucher und Verletzung der Sittlichkeit, strengere Bestimmungen über Abhaltung öffentlicher Lustbarkeiten und den Besuch derselben und der Wirthshäuser durch die heranwachsende Jugend.

Dies sind brennende Fragen der Gegenwart, von denen aber die Volkspartei nichts wissen will, darum wähle man zum abgeordneten

## keinen Anhänger der Volkspartei.

Waiblingen.

Zu passenden Weihnachts- und Neujahrs-geschenken empfehle meine ganz geräuschlos gehende eiserne

**Nudelschneidmaschinen à 9.50—13 Mk. per Stück.**

Ebenso

**Caigwellmaschinen & Wäsche-Wringmaschinen**  
zu äußerst billigen Preisen.

Karl Oppenländer,  
Mechaniker.

Waiblingen.

**Zu Weihnachtsgeschenken**  
**Nudelschneidmaschinen neuester Konstruktion,**  
**sowie Kohlenbügeleisen**

empfehle bestens

Wilh. Braun,  
Schlosserei-Ofen- und Herdgeschäft.

**Ulmer- und Wasseralfinger Kirchenbau-Loose**  
find zu haben bei  
E. F. Bud.

Waiblingen.

**Bürger-Gesellschaft.**

Nächsten

**Samstag Abend**  
im Waldhorn.

Waiblingen.

**Coffee Abschlag Coffee.**

Ich verkaufe um rasch zu räumen von heute an Coffee sehr schön und garantiert reinschmeckend das Pfund à 88 Pf. bis 1.40 Pf. letztere Sorte feinsten Ceylon welcher seither à 1.60 Pf. detaillirt wurde.

Gustav Walz.

Waiblingen.

Mehre

**Kinderbettladen,**  
1 kleine Brückenwaage, gepflichtet, 40 Kilo Tragkraft und verschiedenes Andre billigt bei

H. Haas.

Eßlingerstraße 28

Stuttgart.

28 Eßlingerstraße

# Großer Weihnachts-Musverkauf.

Jämmtlicher Schuhwaaren für Herren, Damen und Kinder, soweit Vorrath reicht, zu folgenden Preisen

Damen-Schuhe	à	70 Pf.	1.	1.20.	1.50	1.80	2.	2.50	3.
Damen-Stiefel	„	4.	4.50	5.	5.50	6.	6.50	7.	7.50
Herren-Schuhe	„	1.40	1.80	2.	2.50	3.	3.50	3.80	4.
Herren-Stiefel	„	8.50	9.	9.50	10.	11.	12.		
Kinder-Schuhe und Stiefel	à	50.	70.	80.	1.	1.20			
					1.50	1.80	2.		

u. s. w. u. s. w.

28 Eßlingerstraße

Stuttgart.

28 Eßlingerstraße

## Württemberg.

**Gannstatt, 12. Dez.** Gestern Abend verunglückte der Bremser Michael Scherr hier in Folge von Unachtsamkeit, kurz nachdem der Eiszug 4.20 eingefahren war, dadurch, daß er zwischen 2 Puffer kam und sich am Kopf und Hals schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzte. Derselbe ist verheirathet und Vater von 3 Kindern.

**Backnang, 11. Dezbr. (N. T.)** Gestern Nachmittag wurde die Leiche eines Gerbergesellen, der seit dem letzten Hochwasser vermisst wird, wenige Kilometer unterhalb der Stadt aus der Murr gezogen. Da die heute vorgenommene gerichtsarztliche Untersuchung Spuren äußerer Gewalt nicht nachweisen konnte, so wird vermuthet, daß der Verunglückte beim Ueberschreiten eines schmalen Steges ausgeglitten und ins Wasser gestürzt sei.

**Vom Neckar, 8. Dez.** Für die Verhagelsten unseres Landes ging in der kleinen Gemeinde Neckargröningen (circa 100 Bürger) die ansehnliche Summe von etwa 380 M. (Geld und Naturalien) ein. Es ist dieser Wohlthätigkeitsstift um so mehr zu schätzen, da die Gemeinde selbst nicht ganz von Hagelschaden verschont blieb und es gegenwärtig dem Landmann schwer fällt, seine Produkte abzusetzen.

— Ein gesund und kräftig Geschlecht wächst in Hochberg auf dem steilen, mit Reben bepflanzen Neckarufer heran. Die 8 Rekruten, die sich heuer zur Musterung stellten, wurden alle in's Meer eingereiht. Vor 2 Jahren stellten sich 7 Pflichtige und sieben Soldaten gabs!

**Vom Lande, 8. Dez.** Der „Anz. v. Oberl.“ berichtet: In letzter Zeit wurde von der Landjägersmannschaft auf die mit nicht Konzessionirten Lotterien ausgestatteten Kalender gefahndet und die Verkäufer des „Lahrer Hintenden Boten“ und des „Freiburger Marientalenders“ zur Anzeige gebracht. Wie man hört, sind gegen alle Verkäufer derartiger Kalender kleinere Geldstrafen erkannt worden.

**Ailingenberg, 12. Dezbr.** Die Familie unseres Schultheißen Mägner ist von einem beklagenswerthen Unglück heimgesucht worden. Vor etwa 3 Wochen waren die beiden Söhne eines Abends in den Ställen beschäftigt, der eine trug Wasser, der andere hantierte die Dunggabel. Dabei ereignete es sich in der Dunkelheit, daß der letztere, der den ankommenden Bruder nicht rechtzeitig wahrnehmen konnte, dem andern eine Zinke des spitzigen Instruments unterhalb des Auges in den Kopf stieß. Sorgsamste Pflege erhielt dem Unglücklichen bis vorgestern das Leben, leider aber konnte er nicht gerettet werden; er erlag seinen Leiden.

**Pleidelsheim, 12. Dez.** Bermüthene Nacht wurde im Wirthschaftszimmer der Brauerei zum Lamm dahier ein Einbruchdiebstahl vollführt. Der Dieb stieg durch ein Fenster der unteren Lokalitäten und nahm mit, was an Brot, Wurst, Käse und Spirituosen gerade zur Hand war. Das Geld hatten die Wirthschaftsleute glücklicher Weise an einem andern Orte aufbewahrt. Ohne Zweifel konnte sich der Eindringling schon vorher im Hause aus.

## Deutsches Reich.

— Der Schaden, welchen die Hochfluth allein im Landkreise Rbh angerichtet hat, wird nach der „Rbh. Ztg.“ überschläglich auf 1 600 000 M. angegeben. — Im Auftrage des Oberpräsidenten bereist gegenwärtig ein Regierungsbaumeister die überschwemmten Gebiete des Rheins, um eine Schätzung des Schadens an Immobilien und Uferwerken festzustellen.

— In der vergangenen Woche ist in Berlin viel Schnee gefallen. Die Nat. Ztg. schreibt: „ca. 18 000 Kubikmeter Schnee sind in letztvergangener Woche täglich aus den Straßen der Stadt abgefahren worden. Trotzdem ist immer noch nicht alles Das befähigt, was der große Schneefall uns gebracht. Für die Schneeb-

fuhr ist die Stadt in 20 Bezirke getheilt, die einzeln an Unternehmer vergeben werden. Ein ordentlicher Schneefall, wie der letzte, kostet der Stadt immerhin 50—80 000 M.“

## Oesterreich.

**Wien, 12. Dez.** In dem Alshause für Obdachlose kam es in Folge einer geringfügigen Ursache zu schweren Ausschreitungen. Ein Zivilwachmann wurde durch einen Messerstich verwundet, ein Gemeindediener die Stiege hinabgemorfen. Die Unruhbestimmten löschten die Lampen aus, zündeten die Strohsäcke an und zertrümmerten das Hausrath. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte die Flammen. Die Polizei verhaftete 34 Personen. Der Bürgermeister und der Polizeipräsident waren persönlich erschienen.

## Italien.

**Mailand, 10. Dez.** Nach Mitternacht vom 7. ds. war der Schneefall hier so stark, daß mit Tagesanbruch der Schnee eine Höhe von 17 Centimeter erreichte; da aber seit alten Zeiten in den hiesigen Straßen kein Schnee geduldet wird, so wurde er in 24 Stunden von Tausenden von Armen und vielen Pferden vollständig beseitigt; der Gemeineschaden ist bei jedem Schneefall sehr groß, besonders wenn Frost eintritt, diesmal aber kam Regen den Arbeitern zu Hilfe; die Kosten der Gemeinde aber belaufen sich immerhin auf 7000 und mehr Franken. Die meisten Drähte der elektrischen Uhren wurden von der Schwere des Schnees zerrissen, was ebenfalls einen starken Stadtschaden verursachte; der Verlust aber der ital.-amerikanischen Telephongesellschaft nähert sich der Summe von 100 000 Fr.; beinahe sämtliche Drähte sind zerrissen, die Reparationskosten kommen jenen der Anlage beinahe gleich und wer weiß, ob der nächste heftige Schneefall nicht denselben Schaden anrichtet.

## Frankreich.

**Paris, 8. Dez.** Das vom Hochwasser angerichtete Elend ist sehr groß. Die Zahl der Fabrikarbeiter, die in Folge der Ueberschwemmung brotlos sind, beträgt über 10,000, und da das Grundwasser bei dem erweichten Boden immer weiter vordringt, so werden, wenn der hohe Stand der Seine und ihrer Nebenflüsse anhält, noch viele Fabriken ihre Arbeit einstellen müssen. In der Umgegend von Paris sieht es furchtbar aus. Der Schaden, den die Wasser anrichten an Grund und Boden, an Häusern u. s. w. ist ungeheuer. Das Schlimmste dabei ist, daß die Seine, die nur langsam steigt, auch nur langsam fallen wird, wozu es aber noch nicht den Anschein hat, da es seit 4 Uhr wieder regnet und schneit. Das Palais Bourbon, der Sitz der Deputirtenkammer, ist von den Wassern sehr heimgesucht. Man mußte alle untern Räume des Palastes der Fluth überlassen. Die Heizöfen und die Gaserleuchtung sind bedroht. Die Abzugsanäle sind ebenfalls mit Wasser angefüllt, sodaß zu befürchten steht, daß ganz Paris verpestet werden wird.

**Paris, 12. Dez.** Der Diamantenhändler Rappaport hat seine 19jährige Tochter erdolcht und sich dann selbst erschossen. — Gambaetta bleibt in seinem Landhause bis zur Januarfession. (N. Z.)

**Kairo, 12. Dez.** Der Khedive wird nächstens ein Dekret unterzeichnen, welches die Führer der Aufständigen ihres Ranges für verlustig erklärt und die Einziehung ihrer Güter anordnet.

## Waiblingen. Fruchtpreise vom 9. Dezbr. 1882.

	Höchster	mittlerer	niedester	Durchschnittspreis.
Dinkel:	Mt. —	Mt. 6.—	Mt. —	Mt. 6.— pr. Ctr.
Haber:	Mt. 6.20	Mt. 6.—	Mt. 5.95	Mt. 6.— pr. Ctr.
Gerste:	Mt. —	Mt. 6.70	Mt. —	Mt. 6.70 pr. Ctr.
Ackerbohnen:	Mt. —	Mt. 7.80	Mt. —	Mt. 7.80 pr. Ctr.

Waiblingen.

Einen schönen

## Winterüberzieher

hat austräglich zu verkaufen

Jarenkopf, jun. Schneider.

